



Aktueller Begriff

Zehn Jahre „Agenda 2010“ - Bilanz einer „Jahrhundertreform“

Als vor zehn Jahren, am 14. März 2003, der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung im Plenum des Deutschen Bundestages seine Reformagenda vorstellte, verwendete er dafür erstmals den Begriff der „Agenda 2010“. Der Begriff steht seither für weitreichende Strukturreformen mit dem Ziel einer umfassenden Modernisierung der sozialen Marktwirtschaft, die nicht selten als „Jahrhundertreform“ bezeichnet wurden. Ziel der Politik der Agenda 2010 war es, die Erwerbstätigkeit zu steigern und die Arbeitskosten zu senken, um die Wirtschaft in Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen. Im Fokus stand dabei der Politikbereich Arbeit und Beschäftigung, insbesondere die Arbeitsmarktpolitik.

Reformvorschläge dazu waren zunächst von der am 22. Februar 2002 eingesetzten Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Leitung von Peter Hartz (sog. „Hartz-Kommission“) formuliert worden, die ihren Bericht am 16. August 2002 veröffentlicht hatte.

Eckpunkte der Agenda 2010 im Bereich Arbeit und Beschäftigung waren die Flexibilisierung von Leiharbeit und Kündigungsschutz, Erleichterungen für geringfügige Beschäftigung sowie mehr Flexibilität für Existenzgründer. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung sollten die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer verkürzt, das Leistungsrecht durch Einführung des Prinzips „Fördern und Fordern“ neu ausgerichtet und Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem einheitlichen System zusammengeführt werden.

Die wesentlichen in der Agenda 2010 vorgesehenen Reformmaßnahmen im Bereich Arbeit wurden durch das Erste bis Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (sog. „Hartz-Gesetzgebung“) sowie das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt umgesetzt, die zwischen Dezember 2002 und Januar 2005 in Kraft traten. Erste Maßnahmen zur Modernisierung und Neuorientierung in der Arbeitsmarktpolitik traten bereits zum 1. Januar 2002 mit dem Gesetz zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Job-AQTIV-Gesetz) in Kraft. In den Zusammenhang mit der Agenda 2010 sind mithin auch Gesetze zu stellen, die zum Zeitpunkt der Begriffsprägung bereits verabschiedet waren.

Die durch die Agenda 2010 angestoßenen Reformen wurden in der Folgezeit durch zahlreiche gesetzgeberische Maßnahmen angepasst. Vor allem das Recht der Arbeitsförderung (SGB III) und der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) erfuhr insbesondere durch das Gesetz zur Neuausrichtung der politischen Instrumente vom 21. Dezember 2008 sowie das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20. Dezember 2011 erneut umfangreiche

Nr. 07/13 (11. März 2013)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Änderungen. Dabei wurden die Konzepte der Agenda 2010 unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse der Wirtschafts- und Arbeitsmarktforschung in Teilen weiterentwickelt, andere Elemente wurden aufgrund unterschiedlicher politischer Bewertung wieder zurückgenommen. In ihrer Grundausrichtung blieb die Reformagenda jedoch über die wechselnden politischen Mehrheiten hinweg erstaunlich konsistent.

Die Agenda 2010 polarisierte wie kaum ein anderes politisches Reformvorhaben der jüngeren Vergangenheit. Weite Teile der Wirtschaft begrüßten sie als ersten Schritt zur wirtschaftspolitischen Deregulierung und zur Sanierung der Sozialsysteme, dem aber weitere folgen müssten. Auf Seiten der Arbeitnehmer dagegen rief die Agenda 2010 vor allem mit der vielfach als Zumutung empfundenen Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vehemente Ablehnung hervor. Die Gewerkschaften forderten eine Weiterentwicklung nach dem Beispiel europäischer Nachbarländer in Richtung einer besseren Balance von Flexibilität und Sicherheit.

Auch in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktforschung fällt die Bewertung nicht einheitlich aus. Gilt den einen der übergreifende Modernisierungsansatz unter Einbeziehung anderer sozial- und wirtschaftspolitischer Felder als ebenso sachgerecht wie mutig und als Zeichen für einen überfälligen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, ziehen andere eine eher kritische Bilanz. Anerkannt werden vor allem Fortschritte in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die durch eine umfassende wissenschaftliche Begleitforschung unterstützt werde. Sie habe dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen sei. Jedoch habe sich der Druck auf Arbeitslose und Arbeitseinkommen erhöht. Beklagt werden auch die Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik durch die Einführung der Grundsicherung sowie eine starke Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Eine Bilanzierung als Beitrag zur politikwissenschaftlichen Strategiedebatte versucht eine Autorengemeinschaft aus dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster: Die Agenda 2010 habe die Sichtweise auf die Sozialpolitik verändert. Habe sie vorher als System von Kompensationsmaßnahmen für unerwünschte Folgen der Marktwirtschaft gegolten, drehe sich das Verhältnis in der Logik der Agenda 2010 um: Die Sozialpolitik sei die unabhängige Variable, die den Erfolg der Marktwirtschaft beeinflusse. Wenn auch diese Sichtweise nicht widerspruchsfrei sei, so stelle die Agenda 2010 doch in weiten Teilen eine einleuchtende Strategie dar.

Eine uneingeschränkt positive Bilanz zog im September 2012 Altbundeskanzler Gerhard Schröder. Die Agenda 2010 habe einen Mentalitätswandel in Deutschland bewirkt. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit weiterer Reformschritte und mahnte eine „Agenda 2020“ an.

Quellen:

- Plenarprotokoll 15/32, S. 2479B - 2493C (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/15/15032.pdf>)
- Hüther, Michael; Scharnagel, Benjamin (2005): Die Agenda 2010: Eine wirtschaftspolitische Bilanz. In: APuZ 32-33/2005, S. 23-30 (<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/28909/bundestagswahl-2005>)
- Schmid, Günther (2005): Die Zukunft der Agenda 2010. In: Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (Hrsg.): Soziale Demokratie in Europa. Bonn: FES, S. 173-184 (<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/03858.pdf>)
- Div. Verf. (2008): Agenda 2010 – eine Zwischenbilanz. In: Wirtschaftsdienst 3/2008, S. 151-174
- Dingeldey, Irene (2010): Agenda 2010: Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik. In: APuZ 48/2010, S. 18-25 (<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32339/arbeitslosigkeit>)
- Heglich, Simon; Knollmann, David; Kuhlmann, Johanna (2011): Agenda 2010. Wiesbaden: VS Verlag
- Schröder, Gerhard (2012): Agenda 2010. Die neue Mentalität der Deutschen. In: Handelsblatt vom 11.09.2012